

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit  
und Wohnungsbau vom 16. Juli 2018  
– Drucksache 16/4476**

### **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Aufstellung des Weltraumprogramms der Union**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vom  
16. Juli 2018 – Drucksache 16/4476 – Kenntnis zu nehmen.

26. 09. 2018

Der Berichterstatter:

Manfred Kern

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

#### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung  
Drucksache 16/4476 in seiner 21. Sitzung am 26. September 2018.

Ein Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau trug vor,  
Weltraumtechnik sei nicht weit von Baden-Württemberg. Die baden-württembergische  
Wirtschaft beschäftige 40 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der  
Raumfahrtindustrie in Deutschland. Weltraumtechnik bedeute beispielsweise die  
Satellitennavigation, die das autonome Fahren mit ermöglichen werde, den Fieber-  
thermometer für die Erde im Hinblick auf die Erdbeobachtung und eine sichere  
weltumspannende Kommunikation, wenn es Staaten gebe, die das stören wollten.

Die EU sehe, dass es in der Weltraumtechnik einen großen Transformationspro-  
zess gebe, der vor allem durch die Amerikaner ausgelöst worden sei. Aufgrund  
sehr billiger Satelliten, die vom amerikanischen Staat stark gefördert würden,  
könnte es dazu kommen, dass die Amerikaner den Markt dominierten. Der EU  
gehe es um einen unabhängigen Zugang zum All. So sei beispielsweise eine eige-  
ne Satellitennavigation wichtig, weil andernfalls irgendwelche Staaten ihre Sa-  
telliten abschalten könnten und dadurch in der EU die Navigation der Fahrzeuge  
nicht mehr abgesichert wäre.

Deshalb schlage die EU eine Verordnung zur Aufstellung des Weltraumprogramms der Union vor.

Abg. Manfred Kern GRÜNE brachte vor, seine Fraktion begrüße, dass die Europäer unter dem Schlagwort New Space über eine gewisse Autarkie in der Weltraumwirtschaft nachdächten.

Wie bereits angesprochen worden sei, seien 40 % der Mitarbeiter in der Branche in Baden-Württemberg beschäftigt. Auch in Schwetzingen auf dem Schlossplatz gebe es ein kleines Weltraumunternehmen, in dem sehr Interessantes geleistet werde. Der Bereich Weltraumtechnik müsse weiter vorangebracht werden.

Nach seinem Dafürhalten sei insbesondere das Programm Copernicus sehr wichtig, mit dem präzise Klimadaten erhoben würden. Nicht zuletzt könnten dadurch auch all jene widerlegt werden, die immer noch behaupteten, es gäbe keinen Klimawandel.

Abg. Fabian Gramling CDU legte dar, die CDU-Fraktion sehe es auch als sehr positiv, dass 40 % aller Beschäftigten der deutschen Raumfahrtindustrie in Baden-Württemberg arbeiteten. Baden-Württemberg sei sozusagen der Motorraum der deutschen Raumfahrtindustrie.

Wenn in dieser Branche eine Firma ein neues Werk öffne, siedelten sich in der Regel auch andere Firmen an, die in einem hoch qualifizierten Bereich tätig seien. Das werde insbesondere auch in Österreich gesehen, wo versucht werde, Forschung und Entwicklung nach Österreich zu bringen. Die Raumfahrtindustrie sei ein Magnet für qualifizierte Mitarbeiter und für weitere Unternehmen. Sie sei gut für den Wirtschaftsstandort, weshalb seine Fraktion das Ganze sehr positiv begleite.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD gab zu bedenken, das von der EU vorgeschlagene Vorhaben führe seines Erachtens durch das Schaffen einer neuen Behörde zu mehr Bürokratie und enthalte planwirtschaftliche Ansätze. Überdies gebe es in der EU bereits die ESA, die gut funktioniere. Seines Erachtens sollten bereits gut funktionierende Organisationen wie die ESA stärker gefördert und nicht etwas Neues parallel dazu aufgebaut werden.

Er fuhr fort, ihn interessiere, wie die Landesregierung den Erfolg bzw. die Kosten-Nutzen-Relation des Galileo-Projekts einschätze. Die Europäer hätten hierfür mittlerweile 7,1 Milliarden € verausgabt, ohne dass das Programm laufe. Die Angst vor einem Abschalten des GPS sei seines Erachtens unbegründet, da es mit dem GPS der USA und dem GLONASS der Russen zwei konkurrierende Systeme von ideologisch unterschiedlichen Ländern gebe. Ihn interessiere, wieso es da mit Galileo etwas Drittes brauche. Seines Erachtens sollte das Galileo-Projekt gleichsam eine Warnung sein, zumal das Projekt schon sehr lange laufe und enorme Summen verschlungen habe, ohne dass Galileo funktioniere. Seine Fraktion befürchte eine ähnliche Entwicklung bei anderen europäischen Projekten.

Abg. Peter Hofelich SPD merkte an, hier gehe es nicht um eine Institution, sondern um ein Programm, für das Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssten. Den Vorwurf hinsichtlich des Bürokratieaufbaus könne er daher nicht nachvollziehen. Grundsätzlich halte er es für erfreulich, dass es einen Aufwuchs auf diesem Gebiet gebe, weil Europa hier mithalten müsse.

Er machte darauf aufmerksam, seines Wissens studierten im Bereich der Raumfahrttechnik 80 bzw. 90 % der Studierenden in Baden-Württemberg. Mit Blick auf die 40 % der Beschäftigten in der deutschen Raumfahrtindustrie, die in Baden-Württemberg arbeiteten, könnte wirtschaftspolitisch daher auch gefragt werden, wie ein stärkerer Bindungseffekt gelingen könne, sodass die, die hier ausgebildet würden, auch im Land blieben. Nichtsdestotrotz sei ein Anteil von 40 % selbstverständlich ganz ordentlich.

Die Aufgabe, die es derzeit zu bewältigen gelte, liege darin, die eigene Kompetenz in diesem Gebiet weiterzuentwickeln. Er sehe in dem vorgeschlagenen Programm ein gutes Potenzial für Baden-Württemberg, auch wenn sich der Finanzierungsanteil aufgrund des Brexits möglicherweise erhöhe.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP äußerte, seines Erachtens müsse dafür gesorgt werden, dass Europa auf dem wichtigen Gebiet der Satellitentechnik wirtschaftlich als auch militärisch tatsächlich unabhängig sei. Es seien auch Situationen vorstellbar, in denen das System quasi etwas unscharf gestellt werde. Insofern halte er diese Investition für richtig.

Des Weiteren fragte er, wann das Galileo-Satellitensystem im europäischen Bereich militärisch und zivil verfügbar sei.

Der Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau führte aus, Galileo sei mittlerweile von den Satelliten her operabel. Es gebe Testanwendungen, die noch in letzter Konsequenz austesteten, ob die Galileo-Satelliten wirklich die Genauigkeit hätten, die erforderlich sei. Die Galileo-Signale würden daher in Kürze freigeschaltet.

Hinsichtlich der Effekte des Weltraumprogramms werde davon ausgegangen, dass in der EU 53 bis 62 Milliarden € als Mehrwert indirekt mit Hebelwirkung von der Weltraumwirtschaft erwirtschaftet würden. Das beziehe sich auf Anwendungen wie Klimamessung, Meteorologie usw. bis hin zur Satellitennavigation. Während sich die 53 Milliarden € auf ein Jahr bezögen, betrügen die Mittel für das Weltraumprogramm der EU für mehrere Jahre weniger als 20 Milliarden €.

Diese Hebelwirkung spiele sich u. a. auch im Technologiebereich ab. Weltraumtechnik sei hoch zuverlässig, sehr leicht und sehr energieeffizient. Das alles sei beispielsweise auch für die baden-württembergischen Automobilhersteller interessant.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD wies darauf hin, es solle in der Tat eine Behörde aufgebaut werden. Daher seien seine Bedenken hinsichtlich des Bürokratieaufbaus durchaus begründet.

Der Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau bestätigte, es solle eine kleine Behörde aufgebaut werden, um die Mittel zu bewirtschaften und kleine Dienste zu übernehmen.

Abg. Joachim Kößler CDU bat um eine grobe Abgrenzung zwischen ESA und dem Satellitenprogramm, weil seines Erachtens in der Diskussion etwas durcheinandergebracht worden sei.

Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums stellte klar, ESA sei eine Organisation, die nicht alle EU-Länder betreffe, bei der sich auf der anderen Seite aber auch andere Länder beteiligten. Bei ESA gehe es vor allem um die Umsetzung von Satellitenprojekten, beispielsweise um Raketenstarts und die Produktion von Satelliten. Die EU trete hier als Auftraggeber für den Bau von Satelliten auf.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/4476 Kenntnis zu nehmen.

02. 10. 2018

Manfred Kern